

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1887**

8.10.1887 (No. 238)



# Karlsruher Zeitung.

Samstag, 8. Oktober.

Nr. 238.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1887.

## Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter'm 29. Juli d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Königlich Preussischen Landrath von Scheele in Kempen das Ritterkreuz erster Klasse mit Eichenlaub und dem Königlich Preussischen Justizrath und Notar Vater in Breslau das Ritterkreuz erster Klasse höchsten Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 30. September d. J. Allergnädigst geruht, den Kulturinspektor Ernst Rist in Konstanz zum Vorstande der Kulturinspektion daselbst zu ernennen.

## Nicht-Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 7. Oktober.

Je näher der Termin für die Wiedereröffnung der französischen Kammern rückt, desto dringlicher erschallt der Ruf nach der Einigung der Republikaner. Das Bedürfnis nach einem Zusammenwirken der republikanischen Parteien mag sich allerdings in erhöhtem Maße fühlbar machen, nachdem das Manifest des Grafen von Paris den Sonderstandpunkt der Monarchisten wieder einmal in aller Schärfe betont hat. Bei einem Banquet in Digne hielt Spuller gestern eine Rede, in welcher er hervorhob, die Führung der Regierung durch Grévy könne als eine Bürgschaft für die Sicherheit Frankreichs und für die Politik des Friedens gelten; der Redner forderte die Anwesenden auf, sich dieser Politik anzuschließen, welche bezwecke, die Ausübung aller republikanischen Freiheiten herbeizuführen. Jedoch kann man sich nicht verhehlen, daß der scharfe Gegensatz zwischen den Radikalen und den Gemäßigten heute eine Einigung der republikanischen Parteien schwieriger als zuvor macht.

Am Sonntag haben in Bulgarien die Neuwahlen zur Sobranje zu erfolgen. Die Regierung rechnet auf einen für sie günstigen Ausfall der Wahlen; man berechnet in den leitenden Kreisen von Sofia, daß unter den in Bulgarien und Ostromelien zu wählenden 292 Deputirten etwa 220 Regierungsanhänger, 25 Radikale, 20 Anhänger Radoslawoff's, 10 von der Gruppe Karaweff's und 17 Unabhängige sich befinden dürften. In wie weit diese Schätzung berechtigt ist, wird der Ausgang der Wahlen lehren müssen; jedenfalls übt die herrschende Partei ihre Macht in einer Weise aus, welche die Anstrengungen der Oppositionsparteien ziemlich aussichtslos erscheinen läßt. Die Unmöglichkeit der Oppositionsparteien, sich durch das Stimmenrecht Geltung zu verschaffen, spiegelt sich auch in dem Gerüchte, daß dieselben am Wahltag Unruhen anzuzetteln suchen würden. Nach einer Meldung des Reuterschen Bureau heißt nämlich die Regierung Kenntniß davon, daß zwischen den Karaweffisten, Radoslawoffisten und den auswärtigen Emigranten ein Aktionsplan vereinbart worden sei, um am Wahltag Unordnungen hervorzurufen, zu dem Zweck, vor Europa den anarchischen Zustand des Landes zu demonstrieren und die Wahlen ungültig zu machen. Diefem Plane zufolge sollen die Emigranten an der Grenze die Parteigänger Radoslawoff's und Radoslawoff's aber im Innern des Landes operieren. Die Regierung traf die nöthigen Maßnahmen, um Ordnung und Ruhe während der Wahlen aufrecht zu erhalten. In diesem Zwecke werden in die verdächtigen Bezirke Truppenabtheilungen entsendet, um den Unruhmachern zur Seite zu stehen.

Zwischen der von Radoslawoff geführten Gruppe und der Regierung scheint sich allerdings eine freundlichere Haltung anzubahnen zu wollen; Radoslawoff wurde gestern vom Prinzen empfangen, der sich sehr eingehend mit ihm ausgesprochen hat, und erhielt ferner bereits die Befehle der Vertreter Italiens und Englands. Der gestern telegraphisch angekündigte Artikel der „St. Albans“ über den Versuch des italienischen Ministerpräsidenten Crispi bei dem deutschen Reichskanzler in Friedrichshagen hat folgenden Wortlaut: „Gleiche Gesinnung verbindet die Nationen nicht minder, wie die einzelnen Individuen. Nach der Deutschland und Italien, sich ihrer Interessengemeinschaft bewusst waren, hat die Freundschaft der Parteien, unter deren unangenehmer Regierung die herrschende Einheit erreicht wurde, einen lebhaften Wiederhall gefunden in den Herzen der Völker. Dieses Gefühl fand seinen edelsten Ausdruck in der Theonrede, mit welcher der erste König Italiens am 15. November 1873 auf das Verhältnis zum ersten Deutschen Kaiser und zum Reich hinwies. Deutschland und Italien, so sprach König Emanuel, haben sich beide im Namen der nationalen Idee vereinigt. Sie haben es beide verstanden, ihre liberalen Konstitutionen auf der Grundlage einer Monarchie aufzubauen, welche Jahrhunderte lang Freund und Feind mit der Nation getragen hat. Das gegenseitige Verhältnis der beiden Regierungen und die Gesinnungen der beiden Völker sind eine Garantie für die Aufrechterhaltung des Friedens.“

Seit dieser Kundgebung haben sich die Bande zwischen den beiden Staaten immer enger geknüpft. Beide haben gewetteifert, sich durch die Pflege der idealen Güter und der materiellen Wohlfahrt im Innern diejenige Stärke zu erlangen, welche erforderlich ist, um nach außen Achtung zu gebieten und jeden Angriff auf das schwer erworbene Einheitswerk abzuwehren. Beide Staaten fühlten sich in diesem Streben einig, noch ehe sie demselben Ausdruck gaben, und kein Mißton hat dieses auf gleichen Grundlagen beruhende und nach gleichen Zielen strebende Verhältnis getrübt.

Von diesen Gesichtspunkten geprüft, zeigt sich die Zusammenkunft des italienischen Ministerpräsidenten und des deutschen Reichskanzlers als ein neuer Beweis der alterproben, unter den Herrschern und den Völkern bestehenden Freundschaft und ihrer friedlichen Bestrebungen.

Der Besuch des Herrn Crispi in Friedrichshagen hat die volle Uebereinstimmung der beiden Staatsmänner in ihrer Entschlossenheit ergeben, im Verein mit Oesterreich-Ungarn den Frieden zu erhalten, einen europäischen Krieg nach Möglichkeit zu verhindern und im Falle der Nothwendigkeit gemeinsam abzuwehren. Diese Aufgabe ist keiner schwebenden Detailfrage untergeordnet; sie ist auch nicht der Ausfluß vorübergehender persönlicher Sympathien, sondern das Ergebnis der Gesamtinteressen beider Völker, welche gewillt sind, nach Wiederherstellung ihrer nationalen Einheit sich der Pflege der damit errungenen Güter zu widmen. Der friedliebende Bürger, welcher jedes neue zur Bekräftigung des europäischen Friedens dienende Band mit Freuden begrüßt, wird deshalb mit Genugthuung ebenso wie auf den Besuch des Grafen Ralnoth in Friedrichshagen auf den des Ministerpräsidenten Crispi hinblicken. In diesem Sinne hat sich die öffentliche Meinung Europa's durch die überwiegende Mehrzahl der Zeitungen ausgesprochen. Diejenigen ausländischen Stimmen, welche ihr Mißfallen über diesen Besuch zu erkennen geben, zeigen dadurch, daß sie nicht der großen Mehrheit der europäischen Bevölkerung angehören, welche den Frieden will, sondern der kleinen Anzahl Dorer, welche die Kalamität großer Kriege über Europa herbeizuführen suchen.

## Deutschland.

Berlin, 6. Okt. Seine Majestät der Kaiser nahm in Baden-Baden, dem telegraphischen Bericht zufolge, heute Vormittag die Vorträge des Generals v. Albedyll und des Geh. Legationsraths v. Bülow entgegen, deponirte bei Ihrer Königlichen Hoheit dem Großherzog und der Großherzogin und besuchte darauf den Grafen Bismarck. Das Diner nahm der Kaiser bei Ihrer Majestät der Kaiserin ein.

In ihrem Antwortschreiben auf die Geburtstags-Glückwünschadresse der Stadtverordneten Berlins dankt Ihre Majestät die Kaiserin und wünscht, es möge ihr vergönnt sein, auch fernherhin an der Seite des Kaisers ihre Kräfte der Erfüllung ihres Berufs zu widmen. Die Beweise der Anhänglichkeit sollen gute Vorboten für das beginnende Lebensjahr, das sie mit der Hoffnung auf eine glückliche Wiedervereinigung mit den Thürigen dauern ausreicht.

Der Bundesrath hat heute Nachmittag um 2 Uhr eine Plenarsitzung unter dem Vorsitz des Staatssekretärs im Reichsamt des Innern, v. Bötticher, abgehalten. Es erfolgte zum Beginn der Sitzung die Mittheilung über die Bildung der Ausschüsse für das Landheer, die Festungen und für das Seewesen, sowie die Bildung der übrigen zehn Ausschüsse durch Wahl Södemann wurden die neuen Vorlagen, und der Antrag Lübeck wegen der Zollbehandlung von Urdet u. f. w. an die Ausschüsse überwiesen; dann folgte Beschlusseinstellung über geschäftliche Angelegenheiten, sowie über den Antrag Preußens wegen des kleinen Belagerungszustandes für Spandau und mehrere mündliche Berichte. Durch diese sollte u. a. der Antrag beider Großherzogthümer Mecklenburg betreffend eine Grenzfreiheit mit der Freien und Hansestadt Lübeck erledigt werden.

Zu Hinblick auf die Dispositionen für die Verfassung des Reichstags und des preussischen Landtags schreiben die „Berl. Polit. Nachr.“: „Ob die Form der Wiederholung in welcher das Gerücht der Einberufung des Reichstags nach Neujahr und des Landtags im Herbst zuerst in die Öffentlichkeit hervortrat, lediglich getrieben ist, um dasselbe zu lanciren, oder ob in der That in engeren Kreisen ein derartiges Gerücht bestand, mag dahingestellt sein. Was in ein solches nicht entgegengetreten und es erscheint auch hier vermuthlich der Wunsch als der Vater des Gedankens. In letzterer Hinsicht mögen in Gemüthe der Verantwortlichen, vielleicht auch der Wunsch, unbedeutende Verhandlungen zollrechtlicher Natur möglichst lange hinauszuverschieben, für eine weitere Einberufung des Reichstags sprechen. Sachliche Gründe aber sind bis jetzt wenigstens nicht erkennbar, welche eine Veränderung in der debattierten parlamentarischen Disposition zu rechtfertigen geeignet wären. Die Vorbereitung des Reichshaushaltsetats ist, ohne daß es dazu besonderer Beschleunigung der Arbeit seitens des Reichskanzlers bedürftig wäre, vorangetrieben, so auch in diesem Jahre so weit vorgeschritten, daß selbst wenn der Reichstag vor der zweiten Hälfte November berufen werden sollte, denselben alsbald der Etatsentwurf vorgelegt werden könnte. Umgekehrt bestehen keinerlei Anzeichen dafür, daß die preussische Etat früher zu bestimmtem Abschluß gebracht wird, als dies für eine Berathung des Landtags im Januar nächsten Jahres geboten erscheint; wie denn allein schon der Umstand, daß das preussische Staatsministerium erst jetzt wieder vollständig

versammelt ist, die Annahme der Absicht, den Landtag in den nächsten Wochen zu berufen, geradezu ausschließt. Uns scheint daher nicht der mindeste Anhalt dafür vorzuliegen, daß die Berufung des Reichstags erst nach Neujahr, die des Landtags dagegen noch im Herbst erfolgen solle.

Die neuerrichtete physikalisch-technische Reichsanstalt wird in den nächsten Tagen unter Leitung von Professor v. Helmholtz eröffnet werden.

Der französische Botschafter am hiesigen Hofe, Herbet, kehrt nach Beendigung seines Urlaubs am nächsten Montag nach Berlin zurück.

Dresden, 6. Okt. Der Landtag ist auf den 9. November einberufen.

Leipzig, 6. Okt. In dem Gerichtsverfahren gegen den Anarchisten Neve wurden heute die Plaidoyers beendet. Der Angeklagte sprach zu Gunsten seiner Freisprechung, während der Oerreichsanwalt für ihn eine zehnjährige Zuchthausstrafe beantragt. Das Urtheil wird am nächsten Montag verkündigt.

Mainz, 6. Okt. In dem vor dem hiesigen Landgericht verhandelten Sozialistenprozesse ist heute das Urtheil verkündigt worden. Die sämmtlichen acht Angeklagten wurden der Angehörigkeit zu einer geheimen Verbindung, sechs von ihnen außerdem der Verbreitung verbotener Druckschriften schuldig befunden. Die vom Gericht ihnen zuerkannten Strafen bestehen in Gefängnisstrafen von 1 bis 6 Monaten; der Landtagsabgeordnete Jbit wurde zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Stuttgart, 6. Okt. Der (zur nationalliberalen Partei gehörige) Landtagsabgeordnete für Kanthatt, Bankier Gartenstein, ist gestorben.

München, 6. Okt. Die Nachricht der „Abendzeitung“, daß der Kriegsminister v. Heinleth beabsichtige, sein Amt mit einer Kommandostellung zu vertauschen, wird von anderer Seite bestritten. Es heißt, daß der Minister bereits nach Erledigung des Militäretats im Landtage zurücktreten und das Kommando des 2. bayrischen Armeekorps übernehmen werde. — Der Finanzausschuß der Kammer genehmigte einstimmig die zweijährige Weitererhebung des erhöhten Maßzuschlags.

Strasbourg, 6. Okt. Die Ernennung des bisherigen Geh. Oberregierungsrats im Reichschatzamt, Schraut, zum Unterstaatssekretär der Finanzen ist, einer Meldung des Wolff'schen Bureau zufolge, vollzogen worden.

## Oesterreich-Ungarn.

Wien, 6. Okt. Die „N. N.“ veröffentlicht eine Zuschrift ihres Berliner Berichterstatters, welcher betont, daß bei den Besprechungen zwischen dem Fürsten Bismarck und Herrn Crispi die Interessen Oesterreichs sicherlich die vollste Würdigung erfahren haben; die Beziehungen zwischen den drei Staaten seien derartige, daß Frankreich wohl den Versuch aufgeben werde, Italien von der Bahn seiner jetzigen auswärtigen Politik abzulenken.

## Frankreich.

Paris, 5. Okt. Der leidige Grenzvorfall ist durch andere Sorgen des französischen Publikums in den Hintergrund gedrängt worden. So begreift es sich, daß Rochefort mit der im „Intransigent“ eröffneten Subskription, welche die Witwe des getödteten Brantochs Brigou in den Stand setzen soll, auf die von der deutschen Regierung gewährte Entschädigung zu verzichten, nur schlechte Gesichte macht. Im Ganzen sind bis jetzt nur wenig über 2000 Franks zusammengekommen, von denen der „Intransigent“ selbst die Hälfte gezeichnet hat. In der Provinz dürften die Sammlungen nicht viel besser gelingen. Allerdings haben mehrere Präfecten dem Minister des Innern gemeldet, daß auch in ihren Departements für die Witwe Brigou's gesammelt werde, und haben den Minister um Instruktionen er sucht, worauf der letztere ihnen antwortete, sie sollten der Sache ihren Lauf lassen, da nach den gesetzlichen Bestimmungen solche Sammlungen nicht zu verhindern seien. Viel wird aber, wie gesagt, dabei nicht herauskommen, zumal die anständigere französische Presse sich sehr scharf über die Ungleichheit dieser Demonstration ausspricht. Das „Neuvieme Siècle“ widmet der vom „Intransigent“ eröffneten Kollekte einen Artikel, den das Blatt „Witwenrentener Patriotismus“ überschreibt und in dem es sagt, daß es eine unglückliche Idee sei, einen Akt des Gerechtigkeitsfehls der deutschen Regierung mit einem Akte der Beleidigung zu beantworten. Das „XIX. Siècle“ sagt ziemlich unumwunden, daß es Herrn Rochefort im Verdacht habe, einen dieferits und jenseits der Grenze bedauerter Vorgang für eine taktlose Reklame ausbeuten zu wollen. Die große Menge des französischen Publikums hält den Grenzvorfall für abgeschlossen und ist ungesehenlich nicht über dabei, daß derselbe durch das bereitwillige Entgegenkommen der deutschen Regierung beigelegt worden ist; ziehen hoch andere Angelegenheiten, deren politische Bedeutung sicherlich größer ist, als der zu einer solchen Bedeutung erst durch die Radikalen künst-







Zeitungsstimmen.

Die „Nordb. Allgem. Zeitung“ enthält folgendes Entrefilet: Der bekannte parlamentarische Korrespondent der „Breslauer Zeitung“ schreibt und die von E. Richter begründete „Freisinnige Zeitung“ zitiert widerspruchlos: „Wenn der Abgeordnete Bamberger in den Jahren 1874 und 1878 eine Verlängerung der Legislaturperiode vorgeschlagen hat, so war bei der damaligen Sachlage ein solcher Vorschlag in der That unbedenklich. Durch das Budgetrecht des Reichstages waren die Volksrechte in so hohem Grade gesichert, daß eine Abänderung von denselben nicht zu befürchten war. Jetzt aber muß man mit den Volksrechten sparsam umgehen.“ Da das Budgetrecht des Reichstages sich noch genau in demselben Zustande befindet, wie damals, indem verfassungsmäßig keinerlei Veränderung desselben eingetreten ist, und auch die seit 1879 bewilligten neuen Steuern und Zölle nichts an demselben geändert haben — das Gegentheil behauptet allerdings der Parlamentarische der „Breslauer Zeitung“ —, scheint der „freisinnige“ Widerspruch gegen die schon damals von Herrn Dr. Bamberger so warm und überzeugend empfohlene Verlängerung der Legislaturperiode sich bereits als Rückgangsgesetz zu entwickeln.

Die „Post“ führt aus, daß seit den Anfängen des Zollvereins ziemlich regelmäßig, und zwar nach je einem halben Menschenalter mehr schutzollnerische und mehr freihändlerische Perioden abgewechselt hätten. Die letzte mehr freihändlerische Periode habe den Zeitraum vom Abschluß des preussisch-französischen Handelsvertrages bis 1879 umfaßt und ihren Höhepunkt 1873 mit der Abschaffung der Eisenzölle, aber nach kaum fünf Jahren, als eine entschiedene schutzollnerische Mehrheit vorhanden gewesen wäre, auch ihr Ende erreicht. In Anbetracht dessen, daß seitdem wieder 8 Jahre verfloßen seien, hält die „Post“ Vorrecht und Ueberlegung für die Freunde des Schutzes der nationalen Arbeit für geboten und schreibt, daß sorgsam Zollmaßregeln zu vermeiden sind, welche bei dem nicht unmaßstäblichen Eintritt gewisser Verhältnisse als ein Erzeugnis der Schutzollpolitik empfunden werden müßten, und daß mit nicht minderer Sorgsamkeit jeder Förderung der Verbindung der Industriellen mit den Landwirthen behufs Durchführung der Schutzollpolitik vorgebeugt werden muß. Beide Voraussetzungen werden zutreffen müssen, wenn die bestehende gemäßigte Schutzollpolitik auf längere Zeit bestehen soll. Unter ihnen aber ist die Aufrechterhaltung der Verbindung der Industriellen und der Landwirthe von vielleicht noch größerer Bedeutung, als die andere. Wenn daher eine weitere Verschärfung des Zollschutzes verlangt wird, so würden bei der Beschlußfassung die augenblicklich vorhandenen Verhältnisse nicht allein entscheidend sein dürfen. Es wird auch erwogen werden müssen, wie der Zoll für den Fall einer wesentlichen Veränderung derselben, wie sie zeitweise eintreten pflegt, wirken wird. Man wird daher z. B. bei der Frage der Erhöhung des Getreidezolls nicht allein die gegenwärtige Lage der Dinge nach drei hintereinander folgenden verhältnismäßig guten Ernten, sondern auch die Wirkung des Zolls im Falle einer Miskerte in Betracht zu ziehen haben. Nicht minder wird die Zollpolitik sich nicht einseitig von den Interessen der Industrie, sei es der Landwirtschaft leisten lassen dürfen, vielmehr wird gebührende Rücksicht auf die konkurrierenden Interessen des anderen Haupterwerbszweiges zu nehmen sein. Will man daher nicht Gefahr laufen, dieselben Erfahrungen zu machen, wie die Freihändler im vorigen Jahrzehnt, so wird die wichtige Zollfrage nicht mit kurzfristiger Leidenschaft und Hast behandelt werden dürfen. Ruhe, Umsicht und nüchterne, fähige, allseitige Erwägung aller einschlagenden sachlichen und taktischen Momente sind vielmehr die völlig unerlässliche Vorbedingung für eine der Nationalwirtschaft wirklich dienliche Lösung der schwebenden Zollfragen.

Die „Staatsbürger-Zeitung“ bespricht die Nothwendigkeit der Kolonien für Deutschland und gelangt zu folgendem Resultat: „Gewiß darf sich unser Welthandel nicht auf die paar afrikanischen und melanesischen Gebiete — Neuguinea u. — beschränken, sondern wird danach trachten müssen, überall konkurrenzfähig, namentlich neben den Engländern, aufzutreten. Aber eigene Gebiete sind stets die besten Absatzfelder; denn dort kann kein anderes Volk durch Zölle den Handel lähmen. Und wiederum sind diejenigen Gebiete die günstigsten für überseeische Unternehmungen, in die wir nicht nur die eigenen Industrieerzeugnisse exportieren können, sondern von wo wir auch unseren eigenen Bedarf an Kolonialartikeln decken können. Wir haben auf diese Weise nur unser Wirtschaftsgebiet vergrößert und Alles bleibt im Inlande. Aber wir betonen nachdrücklich: Afrika und die übrigen Besitzungen, auf denen die deutsche Flagge weht, sind keine gebratenen Tauben, die uns in den Hals fliegen, wie Indien mit seiner uralten hohen Kultur es für die Engländer war; unsere Kolonien verlangen Arbeit; eine Arbeit, die reichlich Kräfte im deutschen Inlande beschäftigt, zur Erzeugung aller Handelsprodukte, die dorthin ausgeführt werden; reichlich Kräfte auch, die als Vorkämpfer des Handels hinaus gehen, und zahlreiche Männer, die bei der Begründung von Plantagenbau ihr Leben in die Schanze schlagen.“

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 7. Oktober.

Gestern Abend fand eine größere Hofafel im Großherzoglichen Schlosse zu Baden statt, zu welcher Ihre königlichen Hoheiten die Prinzen Ludwig und Rupprecht von Bayern, der Erbprinz von Hohenzollern, die Prinzen Hermann und Alexander von Sachsen-Weimar erschienen sind, sowie eine größere Anzahl von hochstehenden Persönlichkeiten eingeladen waren. Später versammelten sich sämtliche Fürstliche Herrschaften bei Ihren kaiserlichen Majestäten zum Thee.

Seine königliche Hoheit der Großherzog von Sachsen ist gestern Abend 6 Uhr 20 Minuten nach Schlessen auf die Besitzungen Höchstseiner Gemahlin, Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin von Sachsen, abgereist.

Gestern Abend nach 11 Uhr sind Seine Hoheit der Fürst und Ihre königliche Hoheit die Fürstin von Hohenzollern, geborene Infantin von Portugal, mit Höchstderen Söhnen, den Prinzen Ferdinand und Karl, in Baden-Baden eingetroffen und im Europäischen Hof zu längerem Aufenthalt abgestiegen.

Ihre königlichen Hoheiten die Prinzen Ludwig und Rupprecht von Bayern sind heute Vormittag 9 Uhr 50 Minuten von Baden-Baden nach München abgereist. Der Großherzog, der Erbgroßherzog und Prinz Ludwig Wilhelm waren am Bahnhof zur Verabschiedung erschienen. Danach besuchten Ihre königlichen Hoheiten der

Großherzog und die Großherzogin mit dem Erbgroßherzog und dem Prinzen Ludwig Wilhelm die Fürstlich Hohenzollern'schen Herrschaften.

Heute Nachmittag begaben sich die Großherzoglichen Herrschaften nach Iffezheim zu den Armees-Jagdrennen; Höchstdieselben waren von dem Fürsten und den drei Prinzen von Hohenzollern begleitet. Seine Majestät der Kaiser gedachte etwas später auf den Rennplatz sich zu begeben.

(Das „Verordnungsblatt der Generaldirektion der Großh. Bad. Staatsbahnen“) Nr. 57 enthält Bekanntmachungen: über Oberheinische Gewerbeanstellung, Personenbeförderung, Unregelmäßigkeiten im Güterdienst, Druck und Verkauf von Eisenbahnfahrkarten, Beistellung durchgehender Wagen, Einfindung von Frachtkarten fremder Verkehe zur Vorprüfung, Mittelteilung, Aufgebundenes Geld, Dienstinadricht. Geld wurde aufgefunden: am 28. Septbr. im Zuge 40 der Betrag von 5 Mark und in Dos abgeliefert.

(Das „Geleges- und Verordnungsblatt für die vereinigte evangel.-protest. Kirche des Großherzogthums Baden“) Nr. 15 enthält Dienstinadrichten, eine Bekanntmachung, die Erhebung der Reformationsfeiertage betr., und Diensterhebungen.

Die evang. Pfarreien Abersbach, Diözese Redarbischofsheim (Bewerber haben sich bei der Freiherl. v. Gemmingen-Hornbergschen Grund- und Patronats Herrschaft zu Treschingen zu melden), Heddesheim, Diözese Ladenburg-Weinheim (Bewerbern beim Evang. Oberkirchenrath), und Laufen, Diözese Müllheim (Bewerbern beim Evang. Oberkirchenrath) sollen wieder besetzt werden.

(Postalisches.) Am 10. Oktober wird in Wagsburt in Vereinigung mit der daselbst befindlichen Postagentur eine Reichstelegraphenanstalt für Fernsprechbetrieb mit beschränktem Tagesdienst für den allgemeinen Verkehr eröffnet werden.

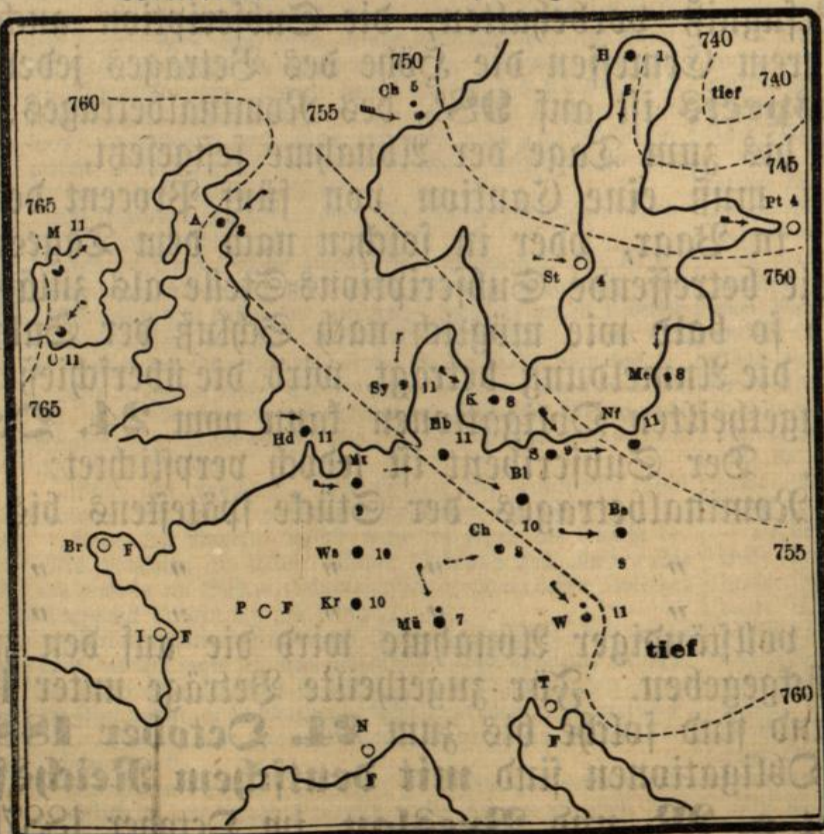
Schn. (Mittelteilungen aus der Stadtraths-sitzung) von heute. Die Auszahlung der Einquartierungsvergütungen für das Jahr 1887 soll vom 17. bis 22. Oktober erfolgen. Beträge, welche bis zum 15. November nicht erhoben sind, sollen als für den Armenfond geschenkt angesehen werden.

Herr Gypsfermeister J. Nebel hat um Bewilligung der Baupremie für den Neuaufbau des Hauses Kaiserstraße Nr. 20 nachgesucht. Dem Gesuch wird auf Grund der vorgelegten Fagadenzeichnung entsprochen. — Der vor dem Gebäude der Herren Herrmann u. Bivell in der Hebel-Straße befindliche Brunnen soll, dem Ansuchen genannter Herren entsprechend, entfernt werden.

(Scheffel-Dentmal.) Für Errichtung eines Scheffel-Dentmals sind neuerdings nach einer Bekanntmachung des Komite's 932 Mark eingegangen, worunter 700 Mark von Herrn August v. Müller zu Licholz. Die Gesamtsumme der bis jetzt eingekommenen Beträge beläuft sich nunmehr auf 32,552 M. 7 Pf.

Vom Bodensee, 6. Okt. (Todesfall.) Im Greifenalter ist vorgestern Herr Fabrikbesitzer J. H. ten Brink, Kommerzienrath, in Arlen aus diesem Leben geschieden. Derselbe war der Begründer mehrerer großen industriellen Etablissements im Seektsee und hat durch Förderung und Verbesserung der Baumwollspinnerei und Weberei, durch seine Einrichtungen auf dem Gebiete dieser Industrie und ganz besonders durch seine thatkräftige und humane Fürsorge für das Wohl der arbeitenden Klassen sich ein unvergängliches Dentmal errichtet. Herr ten Brink errichtete in den 40er Jahren zuerst die statliche Fabrik in Arlen, welche eine Quelle zunehmenden Wohlstandes dieser und der angrenzenden Gemeinden geworden ist. Circa ein Dutzend Jahre später begründete er die große Baumwollfabrik in Volkertshausen, welche dormalen viele Hunderte von Arbeitern beschäftigte, und vor ungefähr zwei Jahren baute er das schöne Etablissement in Wörblingen. Seine königliche Hoheit der Großherzog ehrte die Verdienste des Herrn ten Brink durch Ernennung desselben zum Kommerzienrath und Verleihung des Ritterkreuzes I. Klasse vom Orden des Bähringer Löwen. Ten Brink's Andenken wird, wie wir nicht zweifeln, in der badischen Seeregion immerdar in Ehren bleiben.

Wetterkarte vom 7. Oktober, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Der Luftdruck hat fast auf dem ganzen Gebiete abgenommen, am höchsten, 765 mm, ist derselbe über Süddeutschland, am niedrigsten, 740 mm, über Friesland. Bei schwacher, meist westlicher und nordwestlicher Luftströmung ist das Wetter über Centralrußland trübe, vielfach regnerisch, ohne erhebliche Aenderung der Temperatur. In Deutschland, wo vielfach geringe Regenmengen fielen, herrschen nahezu normale Wärmeverhältnisse. (Deutsche Seewarte.)

Wahlnachrichten.

\* Karlsruhe. 7. Okt. Bei den Wahlmännerwahlen für die Erneuerungs- und Ergänzungswahlen zur Zweiten Kammer siegte der nationalliberale Wahlvorschlag außer den gestern schon genannten Bezirken, laut „Bad. Landeszeitung“ auch im 3. und im 39. Wahlbezirk (bisher nationalliberal), ferner nach dem „Bad. Beobachter“ im 21., 44., 46., 48. und 51. Wahlbezirk sowie nach der „Kleinen Presse“ auch im 36. Wahlbezirk (bisher sämmtlich nationalliberal); der 24. Wahlbezirk dürfte dem „Beob.“ zufolge der katholischen Volkspartei erhalten bleiben.

Theater und Kunst.

\*\* Heidelberg, 6. Okt. (Geistliches Konzert.) Nächsten Samstag den 8. d. M. wird in der hiesigen Providenzkirche ein geistliches Konzert stattfinden, auf das wir hiesige und auswärtige Musikfreunde aufmerksam machen. Veranstalter desselben ist der akademische Musikdirektor Herr Philipp Wolfsum im Vereine mit Fräulein Hermine Schies aus Wiesbaden. Es bedarf wohl nur der Erwähnung dieser Namen, um dem Publikum das lebhafteste Interesse für diese Produktion einzufloßen. Das Programm ist von der gediegensten und gewähltesten Art und bringt Werke von den Großmeistern Bach, Händel, Beethoven, wie auch von Schubert, Mendelssohn, Raff und zum Schluß eine dreifache Orgelsonate von Wolfsum.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Paris, 7. Okt. „Soleil“ und „La Pair“, die marokkanische Frage besprechend, heben hervor, keine Partei Frankreichs beabsichtige, Marokko für Frankreich zu beanspruchen. Die „Republique française“ meint: Andere denken vielleicht daran, es zu thun, dann werde Frankreich gezwungen sein, ein Wort mitzusprechen.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harber in Karlsruhe.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag, 9. Okt. 10. Vorst. außer Abonnem.: „Die Afrika-nerin“, große Oper mit Ballet in 5 Akten von Scribe. Deutsch von F. Gumbert. Musik von G. Meyerbeer. Anfang 6 Uhr.

In Baden: Samstag, 8. Okt. 16. Vorst. außer Abonnem.: „Der moderne Barbar“, Lustspiel in 1 Akt von G. v. Moser. „Die einzige Tochter“, Schwan in 1 Akt von Alexander Graf Fredor, deutsch von Alexander Rosen. Anfang 6 1/2 Uhr.

Familiennachrichten.

Karlsruhe. Auszug aus dem Standesbuch-Register.

Geburten. 3. Okt. Frieda Hilba, B.: Augustin Baver, Maurer. — Bertha Karolina, B.: Adolf Schüller, Bierbrauer. — Albert Peter Paul, B.: Peter Mecher, Buchdrucker. — 5. Okt. Max Richard, B.: Albert Matthe, Sattler. — 6. Okt. Georg, B.: Georg Soter, Tagelöhner. — 7. Okt. Karl Friedrich Wilhelm, B.: Jakob Gepp, Bahnhofarbeiter. — Ehe aufgebote. 6. Okt. Christian Schradl von Athengstett, Bäcker hier, mit Sofie Ulmer von hier. — 7. Okt. Karl Dörich von hier, Eisengießer hier, mit Johanna Pfeiffer von Großweier. — Martin Dolland von Dallau, Dienstmann hier, mit Marie Weißbrodt von Heidelberg. — Todesfälle. 6. Okt. Wilhelm, 3 J., B.: † Jakob Decker, Restaurateur. — Alexander, 1 T. 15 St., B.: Max Schönbühler, Schreiner. — Albert, 3 Mt. 13 Tg., B.: Friedrich Länggen, Deizer.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Table with 6 columns: Date, Barom. mm, Therm. in C., Wind, Relative Feuchtigk. in %, and Himmel. Data for Oct 6 (night 9h), Oct 7 (morn 7h), and Oct 7 (noon 2h).

Wasserstand des Rheins. Mainz, 7. Okt., Mrgs. 3,06 m, gefallen 3 cm.

Frankfurter telegraphische Kursberichte vom 7. Oktober 1887.

Table of financial reports divided into Staatspapiere, Bahnanleihen, Wechsel und Sorten, and Banken. Lists various securities and exchange rates.

Uebersicht der Witterung. Der Luftdruck hat fast auf dem ganzen Gebiete abgenommen, am höchsten, 765 mm, ist derselbe über Süddeutschland, am niedrigsten, 740 mm, über Friesland. Bei schwacher, meist westlicher und nordwestlicher Luftströmung ist das Wetter über Centralrußland trübe, vielfach regnerisch, ohne erhebliche Aenderung der Temperatur. In Deutschland, wo vielfach geringe Regenmengen fielen, herrschen nahezu normale Wärmeverhältnisse. (Deutsche Seewarte.)



